



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

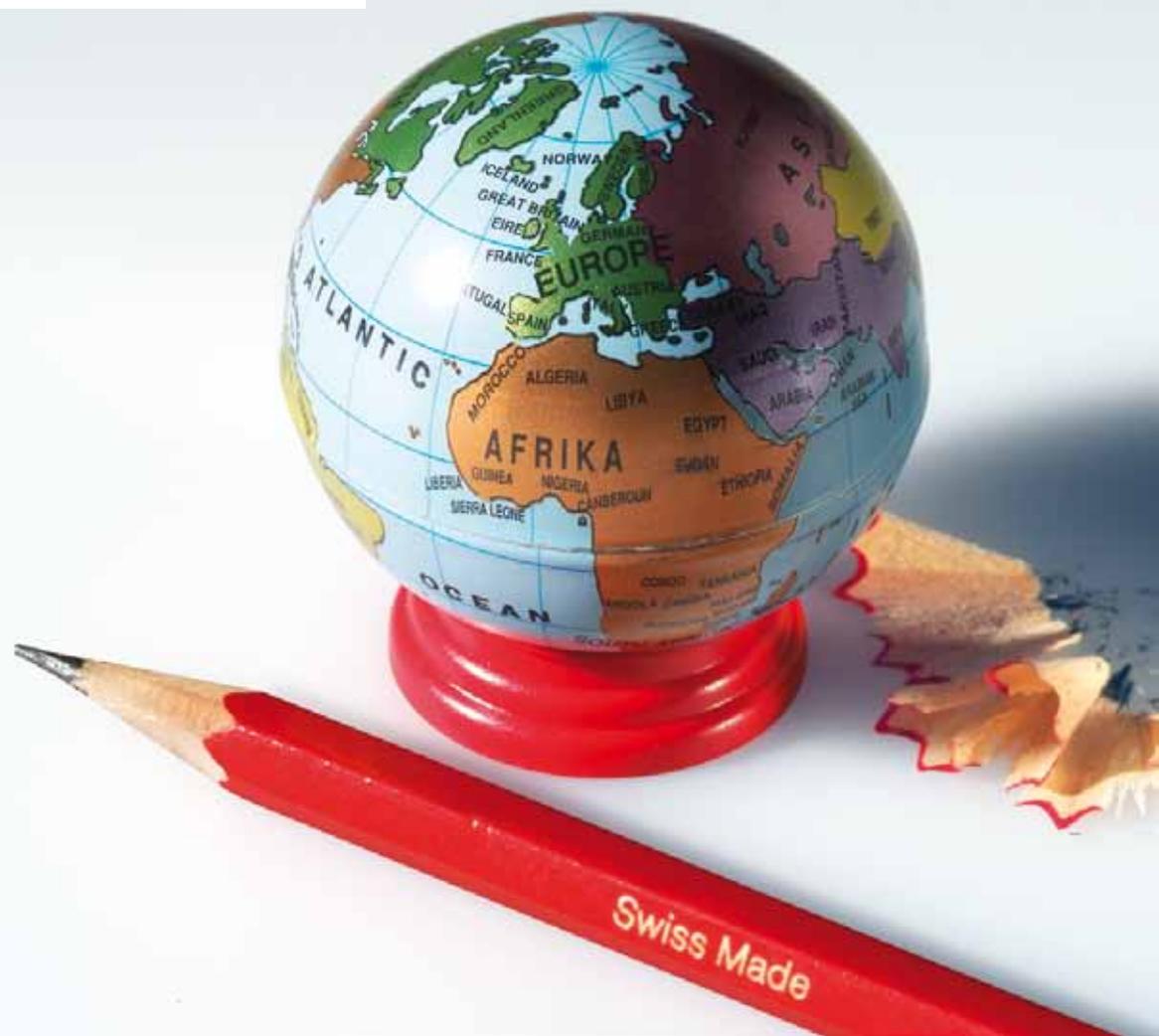
Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

# JAHRESBERICHT

INTERNATIONALE  
ZUSAMMENARBEIT  
DER SCHWEIZ

# 2008



**Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)**

Die DEZA ist die schweizerische Agentur für internationale Zusammenarbeit. Sie gehört zum Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Die wichtigsten Aktionsbereiche:

- Bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit
- Humanitäre Hilfe mit dem Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH)
- Ostzusammenarbeit

Die DEZA sichert zudem die Gesamtkoordination der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe mit anderen Bundesämtern. Sie beschäftigt rund 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Zentrale und im Feld sowie 1000 lokale Angestellte. Im Jahr 2008 betrug das Jahresbudget 1,4 Milliarden Franken. Direktor der DEZA ist seit dem 1. Mai 2008 Botschafter Martin Dahinden.

**Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)**

Das SECO gehört zum Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Der Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im SECO setzt die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen der Schweiz zugunsten der Entwicklungs- und Transitionsländer um. Die Hauptziele des SECO sind der Einbezug der Partnerländer in die Weltwirtschaft und die Förderung ihres nachhaltigen Wirtschaftswachstums zur Verminderung der Armut. Es ist zuständig für die Beziehungen der Schweiz zur Weltbankgruppe und zu den regionalen Entwicklungsbanken. Das SECO wird von Staatssekretär Jean-Daniel Gerber geleitet. Der Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschäftigt 70 Personen und zahlte 2008 215 Millionen aus. Der Bereich steht unter der Leitung von Beatrice Maser Mallor.

INHALT

3 | EDITORIAL

4 | DAS INTERNATIONALE UMFELD

6 | **RESULTATE 2008**

6 | BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

8 | WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

9 | MULTILATERALE ZUSAMMENARBEIT

10 | HUMANITÄRE HILFE

12 | TRANSITIONSHILFE

13 | SCHWEIZER ERWEITERUNGSBEITRAG  
PARTNERSCHAFTEN

14 | REORGANISATION DER DEZA

15 | AUSGEWÄHLTE RESULTATE

18 | IMPRESSUM

19 | ANNEX  
STATISTIKEN



(Booklet zum Herausnehmen)



Martin Dahinden



Jean-Daniel Gerber

**2008** war für die Entwicklungspolitik des Bundes ein wegweisendes Jahr. Im Dezember hat das Parlament die «Botschaft über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern» und die «Botschaft über wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen zugunsten von Entwicklungsländern» verabschiedet. Damit verfügt der Bund zum ersten Mal über eine Strategie der Entwicklungszusammenarbeit, die für alle Stellen des Bundes gilt.

Die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ist auf drei Hauptziele ausgerichtet: Auf die Armutsbekämpfung, auf die Verbesserung der menschlichen Sicherheit in Konflikt- und Spannungsgebieten sowie auf einen Beitrag zur entwicklungsförderlichen Globalisierung. Die DEZA konzentriert ihre Arbeit bis 2012 auf 12, das SECO auf 7 Schwerpunktländer in Afrika, Asien und Lateinamerika. Mit der geografischen und der thematischen Konzentration der Aktivitäten sollen die eingesetzten Mittel eine möglichst grosse Wirksamkeit entfalten. Die Zusammenarbeit der Schweiz mit multilateralen Organisationen hat sich weiter verstärkt. Die DEZA wurde 2008 umfassend reorganisiert, um auf die zukünftigen Herausforderungen besser vorbereitet zu sein.

Im Rahmen der Entwicklungs- und der Ostzusammenarbeit sowie der humanitären Hilfe leistete die Schweiz 2008 substantielle Beiträge zur Armutsbekämpfung und zur Krisenminderung. Die gesamten Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe betragen 2234 Millionen Franken. Mit einem Anteil von 0.42% am Bruttonationaleinkommen belegt die Schweiz den 12. Rang unter den 22 OECD-Geberländern. Das Parlament hat den Bundesrat aufgefordert, im Jahr 2009 eine Botschaft zu unterbreiten, die bis ins Jahr 2015 eine Erhöhung auf 0.5% ermöglicht. Der Bundesrat wird dem Parlament vorerst einen Bericht übermitteln. Dieser wird auf den aktualisierten Wirtschaftsprognosen basieren und die finanziellen und entwicklungspolitischen Konsequenzen einer Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0.5% des Bruttonationaleinkommens darstellen.

Gegen Ende des Jahres 2008 wurden die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zunehmend auch in den Entwicklungsländern spürbar. Zusammen mit der Nahrungsmittel- und der Rohstoffkrise und den Auswirkungen des Klimawandels gefährden sie die in den letzten Jahren erreichten Fortschritte in der Armutsminderung. Das Engagement der Schweiz ist gerade heute besonders wichtig.

Der vorliegende Jahresbericht präsentiert sich in neuer Form. Im Zentrum stehen die im Jahr 2008 erreichten Ergebnisse. Die Informationen über die Mittelverwendung sind im übersichtlichen Booklet (letzte Seite des Berichts) zusammengefasst. Wir danken für Ihr Interesse an der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes und wünschen eine anregende Lektüre.

Martin Dahinden

Botschafter  
Direktor DEZA

Jean-Daniel Gerber

Staatssekretär  
Direktor SECO

**DAS INTERNATIONALE UMFELD** stand 2008 im Zeichen weltweiter Krisen. Die Finanzkrise, steigende Nahrungsmittelpreise und die Auswirkungen des Klimawandels treffen besonders die Länder des Südens und gefährden die in den letzten Jahren erreichten Entwicklungsfortschritte. Das Zusammenspiel der Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Politikbereichen gewinnt an Bedeutung.



Die sinkende Nachfrage nach Exportgütern aus dem Süden reißt Löcher in die Staatskassen

Die Finanzkrise hat ihre Ursache in den Ländern des Nordens. Die Auswirkungen auf die Länder des Ostens und des Südens sind massiv, sie verlaufen aber nicht nach einem einheitlichen Muster. Die Nachfrage nach Exportgütern und Rohstoffen ist eingebrochen und schmälert damit eine der wichtigsten Einnahmequellen für viele Entwicklungsländer. Ausländische Direktinvestitionen werden zurückgestellt, teilweise auch rückgängig gemacht. Die volkswirtschaftlich bedeutenden Rücküberweisungen von Wanderarbeitern an ihre Familien gehen zurück.

Im Gegensatz zu den Volkswirtschaften des Nordens fehlen den Entwicklungsländern weitgehend die Mittel, um Massnahmen gegen Ursachen und Auswirkungen der Krise zu ergreifen. Mit kurzfristigen internationalen Stützmassnahmen können zwar deren Zahlungsunfähigkeit und ein wirtschaftlicher Zusammenbruch vermieden werden. Trotzdem besteht heute

das grosse Risiko, dass die notwendigen Investitionen in Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, ländliche Entwicklung usw. ausbleiben, was für die längerfristige Entwicklung der betroffenen Länder nachteilig ist.

#### **Bedrohte Ernährungssicherheit**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat deutlich gemacht, dass die Entwicklungschancen armer Länder heute sehr eng mit weltweiten Vorgängen verbunden sind, die einzelne Staaten allein kaum beeinflussen können. Das Gleiche trifft auf die nach wie vor ungelöste Ernährungskrise zu. 2008 sind weltweit die Preise für Grundnahrungsmittel gestiegen und haben in vielen Ländern soziale Proteste ausgelöst. Zwar wurde die Landwirtschaft in Entwicklungsländern über Jahre vernachlässigt. Doch trägt auch die Agrarpolitik der Industriestaaten eine Mitschuld an der Krise.



Höhere Nahrungsmittelpreise bedrohen die Ernährungssicherheit



Länder mit diversifizierter, kleinbäuerlicher Landwirtschaft sind besser für die Krise gerüstet

### Klimawandel verlangt Anpassungsmassnahmen

Der Klimawandel wirkt sich zuerst und am stärksten in Entwicklungsländern aus. Dürren, Wüstenbildung, Extremwetterereignisse und Wasserknappheit sind Folgen der globalen Erwärmung. Die Herausforderungen für die einzelnen Entwicklungsländer sind unterschiedlich, wie auch deren Fähigkeit, sich an die Veränderungen anzupassen.

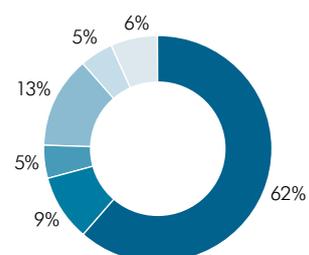
Die anstehenden Aufgaben erfordern in steigendem Masse eine internationale Zusammenarbeit und den Willen aller beteiligten Akteure, zur gemeinsamen Problemlösung beizutragen. Armut hat nicht nur lokale Ursachen. Deshalb muss die Armutsbekämpfung als zentrales Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit stärker in einer Politik der globalen nachhaltigen Entwicklung eingebettet werden.

Die Auswirkungen globaler Krisen auf Entwicklungsländer sind auch in den Ländern des Nordens

zu spüren. Märkte für Exporte und Dienstleistungen entfallen, die Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung kann zu weltweiten Epidemien führen, zerfallende Staaten gefährden die Sicherheit und verursachen Migrationsbewegungen bis nach Europa und Nordamerika.

Grafik 1

### Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2008



- DEZA
- SECO
- Entschuldungsmassnahmen (SECO)
- Asylbewerber (BFM)
- Frieden und Sicherheit (PAIV/VBS)
- Andere Bundesämter

**DIE BILATERALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT** richtet sich verstärkt nach den Entwicklungszielen der Empfängerländer. Die Koordination unter den Geberländern wird vertieft. Schweizer Programme verbesserten die Ernährungssicherheit und trugen zu Erfolgen im Gesundheitsbereich bei.



Der Einsatz für eine dezentrale Gesundheitsversorgung zeigt Erfolg: Die Kindersterblichkeit konnte gesenkt werden

Das Engagement der DEZA in der nachhaltigen ländlichen Entwicklung hat Tradition und erweist sich im Lichte der Ernährungskrise als besonders bedeutsam. In den Schwerpunktländern macht sich die DEZA für eine diversifizierte bäuerliche Agrarproduktion stark, die die lokale Ernährungssicherheit verbessert. Substanzielle Beiträge zur Armutsbekämpfung leistete die DEZA auch in den Bereichen Gesundheit, Bildung, bei der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen und bei der Schaffung von Arbeit und Einkommen.

**Fortschritte im Gesundheitsbereich**

39% der bilateralen Mittel werden in **Afrika** eingesetzt. In den Ländern des südlichen und östlichen Afrika engagiert sich die Schweiz stark im Gesundheitswesen. Der Einsatz für eine dezentrale Gesundheitsversorgung zahlt sich aus. Die Kindersterblichkeit konnte nachweislich vermindert werden. In der Region der Grossen Seen in Afrika unterstützt die Schweiz die Ausbildung von Pflegepersonal und die Einrichtung von Gesundheitszentren. Die Infektionskrankheiten sind deutlich zurückgegangen.

In den Partnerländern **Asiens** zeigt das Schweizer Engagement für eine den lokalen Bedürfnissen angepasste und nachhaltige Landwirtschaft positive Resultate.<sup>1</sup> Die Mongolei konnte sich 2008 erstmals wieder selbst mit Kartoffeln versorgen. In Laos gelang es in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium und dem Internationalen Reis-

forschungsinstitut, die Erträge markant zu steigern. Der erhöhte Selbstversorgungsgrad dämpft die negativen Folgen der weltweiten Ernährungskrise.

In **Lateinamerika** werden 19% der bilateralen Mittel verwendet. Als Leader einer Gruppe von Gebern, die sich für die Dezentralisierung einsetzen, vermochte die Schweiz ihr Profil als wichtiger Partner Boliviens zu stärken. In Zentralamerika konnten erfolgreiche Projekte (wie zum Beispiel bei der Regelung der Trinkwasserversorgung) in der institutionellen Politik der Partnerländer verankert werden. In Peru steigerten sich private Investitionen für zahlreiche Bioprodukte mit Marktpotenzial um 10%, dies dank der Stärkung der öffentlichen Wirtschaftsförderung und der Unterstützung eines professionellen Marketings durch die DEZA.

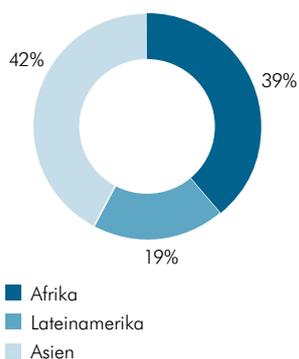
In Erfüllung der parlamentarischen Vorgaben wird die geografische und die thematische Konzentration in der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes fortgesetzt: Bis 2012 wird die Anzahl der Schwerpunktländer in Afrika, Asien und Lateinamerika von 17 auf 12 und die der Sonderprogramme von 7 auf 6 reduziert. Die Programme in den bisherigen Schwerpunktländern Indien, Bhutan, Pakistan, Ecuador und Peru sowie das Sonderprogramm in Nordkorea werden abgeschlossen.

**WIRKSAMKEIT VERBESSERN**

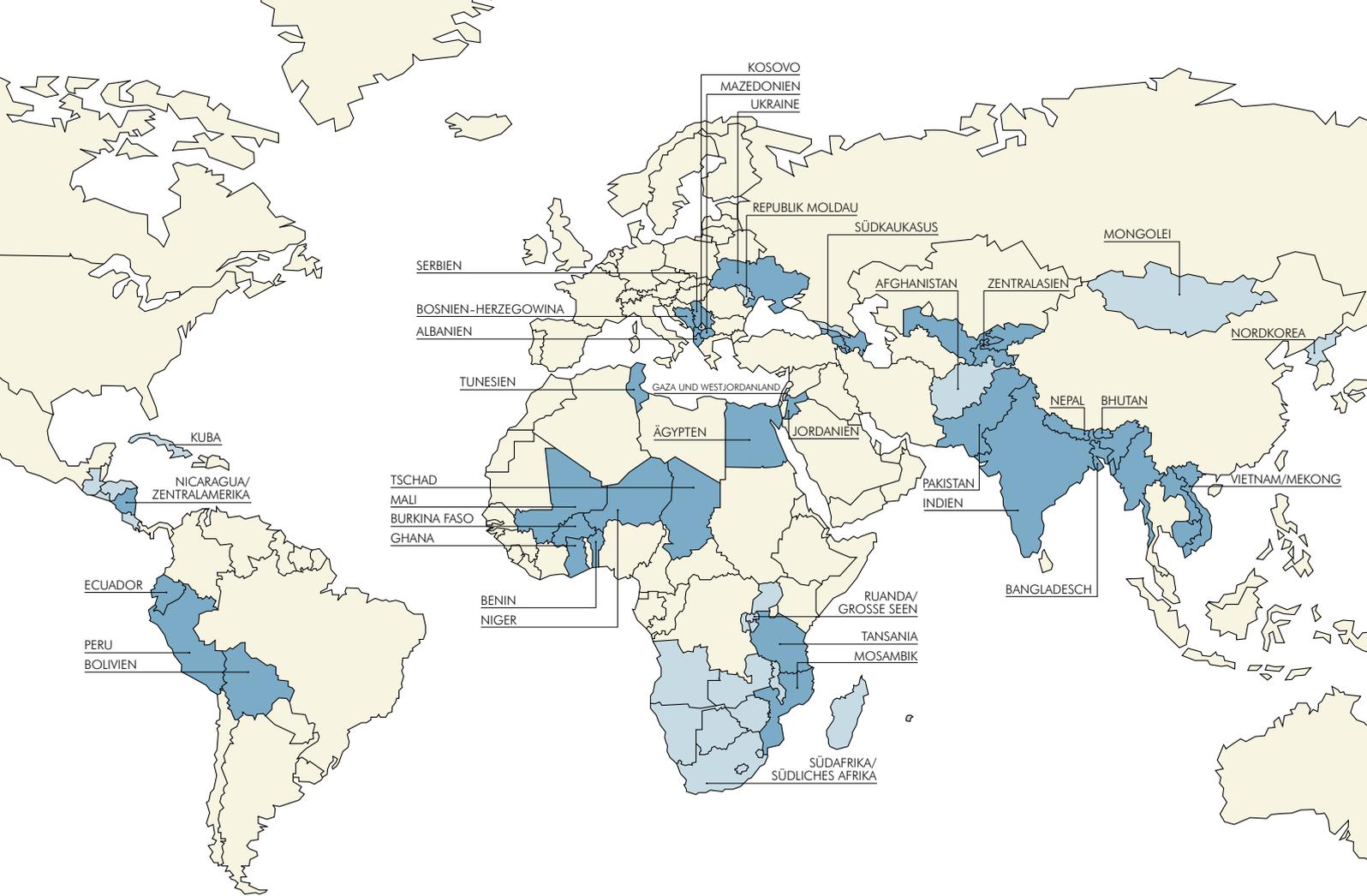
Wie kann die Entwicklungszusammenarbeit wirksamer gestaltet werden? In Accra (Ghana) haben im September 2008 Geber- und Empfängerländer – darunter auch die Schweiz – die Pariser Deklaration von 2005 bekräftigt:

- Entwicklungsländer verbessern ihre Institutionen und bekämpfen die Korruption
- Geberländer richten ihre Unterstützung auf die Entwicklungsziele der Partnerländer aus und nutzen lokale Systeme (alignment)
- Geberländer koordinieren ihre Programme und vereinfachen die Prozeduren (harmonisation)
- Geber- und Empfängerländer sind gemeinsam für die Entwicklungsergebnisse verantwortlich und richten ihre Anstrengungen auf messbare Resultate aus (results-oriented management)

Grafik 2  
Länderspezifische Entwicklungszusammenarbeit DEZA 2008



<sup>1</sup> Für weiterführende Informationen siehe «Asia Briefs», die periodisch publizierten Newsletters auf [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch).



**Weltkarte**

**Schwerpunktländer und -regionen von DEZA und SECO 2008 (Mio Fr.)**

**DEZA-Schwerpunktländer und -regionen Süd 2008**

Afrika	Tansania	20.0
	Mosambik	15.9
	Niger	10.6
	Burkina Faso	10.1
	Mali	9.5
	Benin	9.3
	Tschad	8.5
Lateinamerika	Nicaragua/Zentralamerika	20.9
	Bolivien	12.1
	Peru	10.1
	Ecuador	8.6
Asien	Vietnam/Mekong	27.5
	Nepal	20.9
	Bangladesch	17.9
	Indien	14.4
	Pakistan	13.5
	Bhutan	3.4

**DEZA-Spezialprogramme Süd 2008**

Afrika	Ruanda/Grosse Seen	12.7
	Südafrika/südliches Afrika	10.0
Lateinamerika	Kuba	4.6
Asien	Afghanistan	12.6
	Gaza und Westjordanland	11.2
	Mongolei	8.6
	Nordkorea	3.6

**SECO-Schwerpunktländer und -programme Süd 2008**

Afrika	Burkina Faso	10.2
	Mosambik	9.1
	Tansania	8.7
	Ghana	8.6
	Südafrika	7.6
	Tunesien	1.9
	Ägypten	1.4
Lateinamerika	Nicaragua	7.5
	Peru	5.6
Asien	Vietnam	16.1
	Jordanien	3.4

**DEZA-Schwerpunktländer und -regionen Ost 2008**

Zentralasien	21.3
Bosnien-Herzegowina	9.8
Albanien	7.7
Südkaucasus	7.6
Serbien	7.2
Mazedonien	6.6
Ukraine	5.5

**DEZA-Spezialprogramme Ost 2008**

Kosovo	7.4
Republik Moldau	6.8
Russland (Nordkaucasus)	1.2

**SECO-Schwerpunktländer und -programme Ost 2008**

Zentralasien	12.7
Aserbaidschan	8.9
Kosovo	8.1
Albanien	8.1
Mazedonien	2.7
Ukraine	1.3
Bosnien-Herzegowina	1.0
Serbien	1.0



Die Verbesserung der Energieversorgung ist Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum

KMU bilden das Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung in den Partnerländern

## DIE WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT ist in Zeiten der Finanzkrise besonders nötig. Neben der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen setzte sich das SECO für die Stärkung der Finanzsektoren und den erleichterten Zugang zu Finanzierungen für Unternehmen ein.

Das SECO hat zur Unterstützung der Wirtschaftsreformen die Budgethilfen in Benin, Burkina Faso, Ghana, Mosambik, Nicaragua und Tansania fortgesetzt. Damit wurden auch Massnahmen zur Abfederung der Krise mitfinanziert. Zudem beteiligte sich das SECO an multilateralen Programmen zur Regulierung und zur Stabilisierung der Finanzmärkte in Entwicklungsländern. Mit neuen Beteiligungen an Risikokapitalfonds in Westafrika, Südafrika und Vietnam wurde kleineren und mittleren Unternehmen der Zugang zu Finanzierung erleichtert.

Entwicklungsländer werden beim Aufbau der Institutionen unterstützt, welche den Handel mit Zertifikaten zum Schutz des Tropenwaldes ankurbeln. Ausserdem beteiligte sich das SECO an einem Fonds, welcher Projekte im Bereich erneuerbarer Energien in Südafrika finanziert.

Im Rahmen des Infrastrukturprogramms wird in einem neuen Projekt in Ghana die nationale Regulierungsbehörde im Strom- und im Wassersektor unterstützt. Ausserdem beteiligte sich das SECO an zwei multilateralen Initiativen zur Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften und zur Entwicklung von Infrastrukturprojekten. Das SECO wird sich künftig verstärkt auf seine Kernkompetenzen fokussieren: Massnahmen zur Stärkung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und zur Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft stehen im Zentrum. Die Anzahl der Schwerpunktländer wird von zwölf auf sieben<sup>2</sup> fortgeschrittene Entwicklungsländer reduziert. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Burkina Faso, Mosambik, Tansania, Jordanien und Tunesien wird bis 2012 abgeschlossen. In den ärmsten Entwicklungsländern kann das SECO die DEZA-Programme ergänzen. Ausserdem beteiligt sich das SECO an globalen Initiativen, die allen Entwicklungsländern zugute kommen.

### Nachhaltigkeitsstandards eingeführt

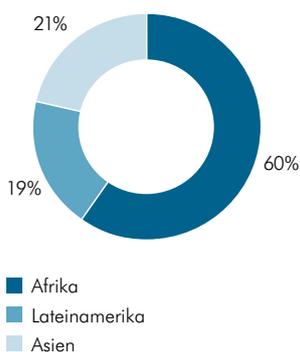
Die sich verschärfende Ernährungs- und Wirtschaftskrise erhöhte die Aufmerksamkeit für den Landwirtschaftssektor. Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Agrarbetrieben wurden freiwillige Nachhaltigkeitsstandards für Produzenten von Kaffee, Soja und Baumwolle gefördert. Das SECO unterstützte auch multilaterale Programme, welche die Handelskapazitäten der ärmsten Entwicklungsländer verbessern.

### Klimaschutz gewinnt an Bedeutung

Ausgebaut wurde das Programm zum Klimaschutz. So beteiligt sich das SECO an der neu geschaffenen Forest Carbon Partnership Facility der Weltbank:

<sup>2</sup> SECO-Schwerpunktländer: Ägypten, Ghana, Indonesien, Kolumbien, Peru, Südafrika und Vietnam.

Grafik 3  
Länderspezifische wirtschaftliche Zusammenarbeit SECO 2008





Die Schweiz unterstützt die UNO-Reformen für mehr Transparenz und bessere Rechenschaftspflicht



Doha-Konferenz: Trotz Finanzkrise sollen keine Abstriche bei der öffentlichen Entwicklungshilfe gemacht werden

**DURCH MULTILATERALE ZUSAMMENARBEIT** trägt die Schweiz aktiv und gezielt zu einer gerechten globalen Gouvernanz bei. Die Schweiz ist in den Verwaltungsräten der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken sowie in den wichtigsten Organen und Institutionen der Vereinten Nationen vertreten.

Ein koordiniertes Engagement aller Akteure auf der internationalen Ebene sowie ein bestandfähiger Konsens über die grundlegenden rechtlichen, ethischen und politischen Prinzipien sind notwendig, um die weltweiten und die innerstaatlichen Probleme zu lösen. Die grossen multilateralen Organisationen sind die einzigen, die befugt sind, sowohl koordinierend als auch Normen setzend tätig zu werden. Darüber hinaus verfügen sie über die finanziellen Mittel, die für gross angelegte Interventionen erforderlich sind.

#### Internationale Institutionen mitgestalten

Die Schweiz engagiert sich stark bei der Gestaltung des neuen multilateralen Forums für Entwicklungszusammenarbeit (DCF) des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC). Die Schweiz führt den stellvertretenden Vorsitz des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNPF) und konnte in dieser Eigenschaft bei der Behandlung zahlreicher Dossiers als Vermittlerin wirken. Sie setzte sich beispielsweise für eine koordinierte und systematische Professionalisierung der Evaluation in internationalen Institutionen ein.

Des Weiteren hat sie erreicht, dass die strategische Planung der verschiedenen Fonds und Programme der Vereinten Nationen besser aufeinander abgestimmt und deren Steuerung damit vereinfacht wird. Mit dem Ziel, Transparenz und Rechenschaftspflicht der UNO-Organisationen zu erhöhen, hat sich die Schweiz für Regelungen eingesetzt, die den Zugang der Öffentlichkeit zu den amtlichen Doku-

menten der UNO erleichtern. Die Schweiz setzt sich ferner für eine Reform ein, die die Vertretung der Entwicklungsländer in der Weltbank verbessert. Die afrikanischen Länder haben im Verwaltungsrat der Weltbank bereits einen Sitz erhalten. Die Anzahl der den Entwicklungs- und Transitionsländern zustehenden Stimmen wurde leicht erhöht.

Die Bedeutung der multilateralen Finanzierungsinstitutionen kam im Rahmen des temporären Anstiegs der Nahrungsmittelpreise und besonders im Kontext der Finanzkrise zum Ausdruck. Die Schweiz setzte sich in den Leitungsgremien der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds wie auch bei den regionalen Entwicklungsbanken dafür ein, dass die Institutionen ihre antizyklische Rolle wahrnehmen, um die negativen Auswirkungen der Krise auf die Armen abzufedern.

#### Entwicklungsfinanzierung sicherstellen

Die Schweiz nahm aktiv an der internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung teil, die in Doha stattfand. Die DEZA war beauftragt worden, die interessierten Bundesämter zu koordinieren. In Doha verpflichteten sich die Geberländer, ihre öffentliche Entwicklungshilfe trotz der Finanzkrise auf dem gleichen Niveau zu halten oder zu erhöhen. Wenn diese Verpflichtungen eingehalten werden, könnte die Schweiz unter den internationalen Gebern noch weiter an Bedeutung verlieren. Sie ist zum Beispiel unter den Gebern des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) vom 9. auf den 14. Rang zurückgefallen.

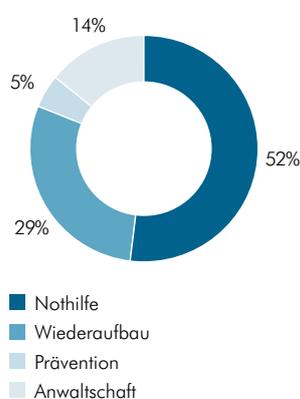
Grafik 4

#### Multilaterale Zusammenarbeit 2008



**DIE HUMANITÄRE HILFE** des Bundes leistete 2008 rasche und solidarische Hilfe bei Kriegen und Katastrophen im Nahen Osten, in Asien und in Afrika. Parallel zur Nothilfe setzte sie Projekte für den Wiederaufbau, für die Vorbeugung und Prävention von Naturkatastrophen und für den Schutz der Zivilbevölkerung in über 30 Ländern weltweit um.

Grafik 5  
Humanitäre Hilfe nach Aufgabenfeldern 2008



Für die Nothilfe wurden 155 Millionen Franken oder etwas mehr als die Hälfte des humanitären Budgets von 303 Millionen Franken verwendet. Im Folgenden eine Übersicht über die wichtigsten humanitären Aktionen des Bundes im 2008: Der Krieg um die abtrünnige Provinz Südossetien in Georgien trieb etwa 127 000 Personen in die Flucht. Die Humanitäre Hilfe des Bundes lancierte ein Cash-Projekt für Überwinterungsmassnahmen in Westgeorgien, das rund 1 600 Haushalte bzw. 5 700 Menschen erreichte. Das UNHCR und die georgischen Behörden wurden bei der Versorgung der improvisierten Zeltstadt in Gori unterstützt: Matratzen, Kissen und Bettwäsche für 3 000 Menschen wurden lokal beschafft.

**Trinkwasserversorgung verbessert**

Nach dem verheerenden Zyklon Nargis in Myanmar lieferte die Schweiz über 40 Tonnen Hilfsgüter, die mit lokalen Partnern an 2 000 bedürftige Familien im Delta verteilt wurden. Über 1 000 Trinkwasserquellen wurden gereinigt mit lokal ausgebildetem Personal und Ausrüstung aus der Schweiz. Die Trinkwasserversorgung in der Region konnte deutlich verbessert und gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung konnten vermindert werden.

Auf Anfrage der Volksrepublik China lieferte die Humanitäre Hilfe nach dem Erdbeben in Chengdu 16 Grosszelte, 1 030 Familienzelte sowie Decken, Planen und Wasserkanister für über 6 000 Erdbebenopfer. Die Hilfsaktion wurde in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Roten Kreuz durchgeführt.

Im Horn von Afrika gefährden lokale Konflikte die Ernährungssicherheit grosser Bevölkerungs-

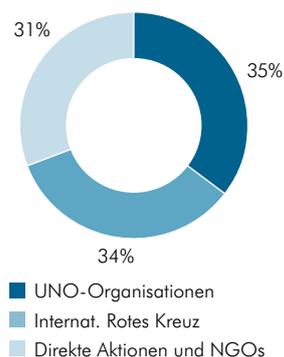
gruppen. Rasche Lösungen für die humanitären Dauerkrise in Ländern mit fragiler Staatlichkeit sind nicht in Sicht. In Somalia stellte die Schweiz Hilfe für ca. 3.2 Millionen Menschen bereit, indem sie internationale Partnerorganisationen unterstützt. In Äthiopien beteiligte sich die Schweiz an Projekten, welche insgesamt 6.4 Millionen Menschen mit Nahrung versorgen.

**Nothilfe in Dauerkrise**

In der Region der Grossen Seen in Afrika wüteten erneut Kämpfe in der Provinz Ituri (Demokratische Republik Kongo). Für die Unterstützung von 160 000 Menschen auf der Flucht stellte die Humanitäre Hilfe den UNO-Partnerorganisationen und dem IKRK 1.7 Millionen Franken zur Verfügung.

Angehörige des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) leisteten rund 300 Einsätze in verschiedenen Krisengebieten. Nach der 2007 erfolgten ISO-Zertifizierung der Soforthilfe ist im November 2008 auch die Rettungskette Schweiz nach internationalen Qualitätsstandards geprüft worden. Sie hat den Test erfolgreich bestanden.<sup>3</sup> Die Rettungskette qualifiziert sich insbesondere für Einsätze in Erdbebengebieten.

Grafik 6  
Humanitäre Hilfe nach Partnern 2008



<sup>3</sup> Durchgeführt wurde die Zertifizierung von der INSARAG (International Search and Rescue Advisory Group).



Hilfe für 3 Millionen Menschen in Somalia: Die Schweiz engagiert sich am Horn von Afrika



Lebensmittel erreichen die Opfer des Wirbelsturms Nargis in Myanmar



Helfer verteilen Brot in einem Camp in Gori, Georgien



Bessere Gesundheit für Mütter und Kleinkinder: Die Ostzusammenarbeit trägt zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele der UNO bei



Nachhaltiges Wassermanagement in Zentralasien: Im Projektgebiet werden bis zu 30% des landwirtschaftlichen Wasserbedarfs eingespart

**DIE TRANSITIONSHILFE** unterstützt den Aufbau der Demokratie und der Marktwirtschaft in Osteuropa. Trotz Reformfortschritten ist der Systemwandel im Westbalkan und in den Ländern der GUS noch nicht abgeschlossen. In einem von politischen Spannungen und Konflikten geprägten Jahr leistete die Schweiz ausgleichende Beiträge.

Im Westbalkan war das politisch herausragende Ereignis die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008, die auch von der Schweiz anerkannt wurde. Die Ostzusammenarbeit unterstützte den Staatsaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung im Kosovo und setzte gleichzeitig die Zusammenarbeit mit Serbien fort. In einem schwierigen Umfeld trug das kontinuierliche Schweizer Engagement zur Entspannung bei.

Einige Resultate der Zusammenarbeit: Im Kosovo wurde mit Schweizer Hilfe der Zugang zu Trinkwasser in 7 von 33 Gemeinden verbessert. In Serbien wurden Romakinder in nahezu der Hälfte aller Gemeinden bei der Einschulung unterstützt. In Albanien erhielten KMU besseren Zugang zu Krediten. Mit dem Bau einer Kläranlage am Fluss Vardar trug die Schweiz in Mazedonien zum Umweltschutz bei. In Bosnien und Herzegowina profitieren rund 750 000 Personen vom Ausbau der Gesundheitsversorgung.

tischen Folgen der militärischen Auseinandersetzung reichen weit über den Südkaukasus hinaus. Trotz politischer und wirtschaftlicher Probleme konnte die Zusammenarbeit mit den Ländern der GUS-Region weitergeführt werden. Das Programm in der Russischen Föderation wurde wie geplant abgeschlossen.

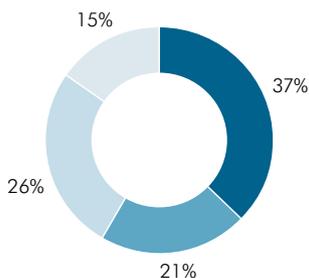
In Zentralasien verschärfte der kalte Winter 2007/2008 die Wasser- und Energieknappheit. Schweizer Projekte im Bereich des nachhaltigen Wassermanagements sind deshalb besonders relevant. Auf einer Fläche von der Grösse des Kantons Bern konnten mit technischen und institutionellen Verbesserungen über 30% des landwirtschaftlichen Wasserbedarfs eingespart werden. Das erfolgreiche Modell wird in Zusammenarbeit mit der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank auf weitere Gebiete ausgedehnt.

In der Republik Moldau wurde die Basisversorgung in der Geburtshilfe mit Schweizer Unterstützung flächendeckend sichergestellt.

**Modellhafte Programme im Wasser- und im Gesundheitsbereich**

In der GUS-Region schlug der Konflikt zwischen Russland und Georgien hohe Wellen. Die geopoliti-

Grafik 7  
Ostzusammenarbeit DEZA/SECO 2008



- DEZA Westbalkan
- SECO Westbalkan
- DEZA GUS
- SECO GUS

**DER SCHWEIZER ERWEITERUNGSBEITRAG** an die zehn Länder, die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind, ist erfolgreich angelaufen. 2008 haben DEZA und SECO Finanzierungsgesuche im Umfang von 135.5 Millionen Franken bewilligt.

Mit dem Erweiterungsbeitrag finanziert die Schweiz Projekte zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (EU). Nach der Unterzeichnung der bilateralen Rahmenabkommen im Vorjahr sind 2008 die institutionellen Strukturen aufgebaut worden.

Die Botschaften in Budapest, Prag, Warschau und Riga wurden mit einem Büro verstärkt, das die

Projektumsetzung vor Ort begleitet. Im Jahr 2008 wurden Finanzierungsgesuche in der Höhe von 135.5 Millionen Franken bewilligt. Die Projektvorschläge stammen hauptsächlich aus den Bereichen Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit, regionale Entwicklung, Privatsektor- und Handelsförderung, sowie aus dem Gesundheitssektor und der Forschung.



Der Erweiterungsbeitrag finanziert Stipendien für junge Forscherinnen und Forscher in den neuen EU-Mitgliedstaaten



Die Schweiz trägt zu einer umweltfreundlichen Entwicklung in Zentraleuropa und im Baltikum bei

**DIE FÖRDERUNG VON PARTNERSCHAFTEN** mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor bleibt ein wichtiges Anliegen der DEZA. 2008 wurden die Programmbeiträge für die Periode 2009–2012 ausgehandelt. Die Partner reagierten positiv auf die erhöhten Qualitätsanforderungen.

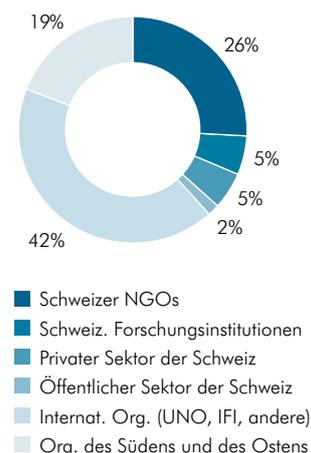
Organisationen der Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft verfügen in vielen entwicklungsrelevanten Themen über ein spezialisiertes Fachwissen. Sie unterstützen und ergänzen die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und sind deshalb wichtige Partner. Durch verschiedene Formen der Zusammenarbeit können Synergien zwischen privater und öffentlicher Hilfe genutzt und das Profil der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit im Ausland gestärkt werden.

Neu sind sämtliche Partnerschaften und Beitragsbeziehungen in einer Abteilung angesiedelt. Damit

konnte die Grundlage für eine Harmonisierung der Partnerbeziehungen und zur Vertiefung des Multipartneransatzes gelegt werden.

2008 wurden die Programmbeiträge an schweizerische Hilfswerke für die Periode 2009–2012 ausgehandelt. Das Rollenverständnis der Nichtregierungsorganisationen (NGO) wurde diskutiert und Massnahmen zur Steigerung der Wirksamkeit erörtert. Ein verstärkter Fokus wird auf das Qualitäts- und Risikomanagement gelegt. Die Partnerorganisationen reagierten generell positiv auf die erhöhten Anforderungen.

Grafik 8  
Partner der DEZA für bilaterale Aktivitäten 2008



**DIE REORGANISATION DER DEZA** hat das Ziel, die Wirksamkeit der Schweizer Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit sowie der Humanitären Hilfe in den Partnerländern zu stärken. Sie wurde 2008 eingeleitet und ist Teil einer umfassenden Reform des Aussendepartements.

Das EDA befindet sich in einer Phase institutioneller Reformen. Diese umfassen auch die Reorganisation der DEZA und der Direktion für Ressourcen und Aussennetz (DRA). Die DRA wird zu einem Dienstleistungszentrum für das gesamte Aussendepartement umgestaltet. So werden das Inspektorat, die Sprachdienste und demnächst auch die Personalabteilung zentrale Dienste und sind nicht mehr einzelnen Direktionen zugeordnet. Eine Reihe von Zuständigkeiten sind bereits dem Generalsekretariat übertragen, darunter die Kommunikation und die Förderung der Chancengleichheit (Gender und Sprachregionen).

#### **Neue einheitliche Entwicklungsstrategie**

Die Reorganisation der DEZA wurde eingeleitet, um die neue einheitliche Strategie der Entwicklungszusammenarbeit wirksam umzusetzen und die Organisation für die globalen Herausforderungen zu rüsten. Die Ziele sind klar definiert: Es geht in erster Linie darum, die Tätigkeit der DEZA effizienter zu machen, die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen der Bundesverwaltung und innerhalb des EDA

zu intensivieren und die Präsenz der Schweiz im Feld zu verstärken.

Die erste Phase der Reorganisation erfolgte 2008 und konzentrierte sich auf die Zentrale in Bern. In dieser Phase wurden die interne Koordination verbessert und die Zusammenarbeit zwischen der bilateralen operationellen Arbeit, der multilateralen Kooperation und der thematischen Unterstützung optimiert.

Mit der neuen Struktur waren der Transfer von 700 Entwicklungsprojekten in andere Organisationseinheiten der DEZA sowie für zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Wechsel des Arbeitsplatzes und der Aufgaben verbunden. All dies war innerhalb von nicht einmal vier Monaten zu bewältigen.

Zurzeit bereitet die DEZA die Umsetzung der zweiten Phase ihrer Reorganisation vor. Sie wird im Laufe des Jahres 2009 beginnen und soll den Kooperationsbüros in den Partnerländern die Befugnisse übertragen, die ihrer zunehmenden Verantwortung entsprechen. Diese Etappe sollte bis Ende 2010 abgeschlossen sein.



Verstärkte Wirksamkeit in den Partnerländern ist das Ziel der reorganisierten DEZA



## AUSGEWÄHLTE RESULTATE DER SCHWEIZER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IM ÜBERBLICK

Die Erwartungen an die Entwicklungsagenturen, konkrete Resultate zu kommunizieren, sind in den letzten Jahren allgemein gestiegen. Um die Wirksamkeit der Hilfe zu verbessern, hat die internationale Gebergemeinschaft verbindliche Prinzipien und messbare Ziele formuliert. Im Kern geht es um ein stärkeres Engagement der Empfängerländer und eine bessere Koordination unter den Gebern.

Die DEZA nimmt eine immer systematischere Detailprüfung der Ergebnisketten vor, die von ihren Tätigkeiten ausgelöst werden. Diese Prüfung ist mittlerweile eine operationelle Priorität<sup>4</sup> und verfolgt zwei Ziele: Die positiven Auswirkungen auf die Entwicklung der betreffenden Länder und Bevölkerungsgruppen sollen optimiert und dem Parlament und der Bevölkerung soll Bericht über die erzielten Resultate erstattet werden. Die im Folgenden aufgeführten Beispiele zeigen, dass die Aktivitäten der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit im Allgemeinen zu Resultaten führen, die bezüglich Relevanz und Wirksamkeit der ursprünglichen Zielsetzung entsprechen.

Die Beispiele aus den Schwerpunktbereichen der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit erheben keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit, doch sie vermitteln eine Vorstellung von der Vielfalt positiver Ergebnisse in so unterschiedlichen Sektoren wie fairen Handelsbeziehungen, Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, Unterstützung für KMU, Zugang zu Gesundheitsversorgung und Hilfe für Vertriebene. Sie zeigen aber auch, dass es schwierig ist, Evaluationen von Auswirkungen zu quantifizieren und in Zahlen auszudrücken.

### FAIRE HANDELSBEZIEHUNGEN FÜR KAFFEE-PRODUZENTEN IN BOLIVIEN

Seit mehreren Jahren unterstützt die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit den Ausbau fairer Handelsbeziehungen. Eine in Bolivien durchgeführte Untersuchung des Kaffeesektors analysierte auch dessen Auswirkungen auf die Armutsverringerung. Die Untersuchung zeigt, dass Erzeuger, die die Standards des fairen Handels anwenden, den Sektor und die Produktionstechniken besser kennen. Dank Kapazitätsaufbau und Erwerb von Know-how sind sie zum Beispiel häufiger in der Lage, erfolgreich mit anderen Akteuren zu verhandeln. Sie erzeugen mehr Einkommen und können infolgedessen ihre Lebensbedingungen verbessern. Die Untersuchung zeigt des Weiteren, dass faire Handelsbeziehungen den Wettbewerb zwischen lokalen Käufern fördern und den herkömmlichen Erzeugern die Möglichkeit bieten, ebenfalls in den Genuss der höheren Preise auf dem lokalen Markt zu kommen. Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass fairer Handel die Lebensbedingungen der Erzeuger verbessert, Ungleichheiten abbaut und die Weichen für eine nachhaltige Verringerung der Armut stellt.<sup>5</sup>

### ENTWICKLUNG DES PRIVATSEKTORS

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit fördert in den zahlreichen Ländern, in denen sie tätig ist, auch die Entwicklung des Privatsektors. Sie unterstützt beispielsweise den Small Enterprise Assistance Fund (SEAF), einen Fonds, der kleinen und mittleren Unternehmen Risikokapital zur Verfügung stellt. Dieser Fonds erstellte 2007 eine Studie über die Auswirkungen der Mittelvergabe auf die Entwicklung von Investitionen, die in 50 Unternehmen in Osteuropa, Zentralasien und Lateinamerika getätigt worden waren. Die Studie kam zu einer Reihe interessanter Ergebnisse, namentlich hinsichtlich der Wirksamkeit von Investitionen, die weit über die Firmen hinausgeht, in die die Schweiz investiert. Jeder Dollar, der in KMU investiert wird, erzeugt in der lokalen Wirtschaft im Schnitt weitere 12 Dollar. Die jährliche Schaffung von Arbeitsplätzen in den KMU, in die investiert wurde, beträgt 25%, wobei 72% dieser neuen Arbeitsstellen mit gering qualifizierten Arbeitskräften besetzt werden. Die jährliche Reallohnsteigerung im Zeitraum der Investition beläuft sich auf 26%.<sup>6</sup>





### ERHÖHTE PRODUKTIVITÄT: DER ANBAU VON KOHL IN NORDKOREA

Kohl spielt in der traditionellen Ernährung und in der lokalen Wirtschaft Nordkoreas eine sehr wichtige Rolle. Der jährliche Verbrauch von Kohl pro Person beläuft sich auf 120 bis 150 Kilogramm, also knapp ein halbes Kilogramm pro Tag. Seit 2002 unterstützt die Schweiz das Koreanische Pflanzenschutzinstitut (PPI) der nationalen Akademie für Agrarwissenschaften bei der Umsetzung eines integrierten Schädlingsbekämpfungsprogramms. Dieses Programm kombiniert biologische, anbautechnische und chemische Massnahmen. Im Mittelpunkt stehen jedoch nicht chemische, sondern umweltverträglichere Methoden, die eine nachhaltige Produktion sicherstellen sollen. Dank der integrierten Schädlingsbekämpfung konnte der jährliche Ertrag des Kohlanbaus um nahezu 40% gesteigert werden. Dieser Anstieg entspricht dem Verbrauch von 1,7 Millionen Personen und trägt damit zur Ernährungssicherheit in Nordkorea bei. Dies ist ein wichtiger Beitrag zum ersten der Millenniumsentwicklungsziele, welches besagt, dass bis 2015 die Anzahl der Hungerleidenden Menschen halbiert werden soll.<sup>7</sup>

### SAUBERE UMWELT: HERSTELLUNG VON BACKSTEINEN IN VIETNAM

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit beteiligt sich in enger Zusammenarbeit mit den Behörden der Provinz Nam Dinh im Süden Hanois an einem Programm für die Herstellung von Backsteinen. Damit will sie nicht nur die Qualität und die Quantität der in Ziegeleien hergestellten Backsteine erhöhen und die Kosten senken, sondern auch zum Umweltschutz beitragen. Die in Vietnam üblichen herkömmlichen Brennöfen stossen Dämpfe aus, die die Gesundheit der Arbeitskräfte schädigen und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Umlands verschmutzen. Im Rahmen des Programms wurden 300 vertikale Brennöfen gebaut, die den jährlichen Ausstoss von CO<sub>2</sub> um 150 000 Tonnen reduzieren. Dies entspricht den CO<sub>2</sub>-Emissionen von 75 000 Langstreckenflügen zwischen Europa und Hanoi.<sup>8</sup>



### BESSERE GESUNDHEIT: RÜCKGANG DER MÜTTER- UND DER SÄUGLINGSSTERBLICHKEIT IN RUANDA

Die von der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit unterstützten Gesundheitsprogramme im Gebiet der Grossen Seen in Afrika haben die Qualität der dortigen Gesundheitsversorgung erheblich verbessert. Die Fortschritte lassen sich anhand einiger Schlüsselindikatoren feststellen. So ist zum Beispiel in Ruanda die Müttersterblichkeit im internationalen Vergleich nach wie vor hoch, doch sie konnte in den vergangenen acht Jahren spürbar gesenkt werden: Im Jahr 2000 betrug die Anzahl der Todesfälle auf 100 000 Lebendgeburten noch 1071, im Jahr 2008 ging sie auf 750 zurück. Die Säuglingssterblichkeit sank innerhalb von zwei Jahren um 30%. Der Anteil der von medizinischem Fachpersonal begleiteten Geburten stieg von 16% (2005) auf 48% (2008). Eine weitere positive Auswirkung der Gesundheitsprogramme ist die Tatsache, dass mittlerweile mehr als 80% der Bevölkerung krankenversichert sind.<sup>9</sup>

## MEHR WIRKSAMKEIT DURCH BESSERES MONITORING UND EVALUATION

2007 untersuchte die Weltbank in ihrer jährlichen Überprüfung der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe die Ergebnisse ihrer Tätigkeit und kam nach Aussage der unabhängigen Evaluationsgruppe zu dem Schluss, dass 80% der Projekte mit zumindest bescheidenem Erfolg ihre Entwicklungsziele erreicht haben. Die Weltbank vertrat die Auffassung, dass sich die Ergebnisse ihrer Projekte seit 2003 in der Mehrzahl der Sektoren verbessert haben, mit Ausnahme der Projekte in den Bereichen Gesundheit und öffentliche Verwaltung, die im Vergleich zu den Jahren 1998–2002 einen Rückgang ihrer Entwicklungsergebnisse im Zeitraum 2003–2007 verzeichneten. Die Weltbank bezeichnete es als notwendig, die Qualität der Monitoring- und Evaluationssysteme zu verbessern und dafür Sorge zu tragen, dass zuverlässige Vergleichsdaten zur Verfügung stehen und der Zusammenhang zwischen Projektergebnissen und angestrebten Zielen klar definiert wird.<sup>10</sup>



## MEHR SICHERHEIT FÜR BINNENVERTRIEBENE UND FLÜCHTLINGE IN GEORGIEN

Ein grosser Teil der Aktivitäten der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in Georgien konzentrierte sich in den vergangenen Jahren auf die Unterstützung der rund 200 000 Menschen, die aufgrund des Konflikts um Abchasien 1993 vertrieben wurden oder flüchteten. Eine unabhängige Studie kam Ende 2007 zu dem Schluss, dass sich die Schweizer Aktivitäten, die in enger Zusammenarbeit mit dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) sowie mit der georgischen Regierung durchgeführt wurden, positiv ausgewirkt haben. Die Studie stellte fest, dass diese gemeinsamen Bemühungen namentlich im Hinblick auf den politischen Dialog die georgische Regierung veranlassten, speziell für die Vertriebenen eine nationale Strategie zu entwickeln. Heute verfügen die Behörden über die Instrumente, die eine konkrete Verbesserung der Lage der Vertriebenen erlauben. Im Übrigen hat diese Studie die Schweiz angeregt, ihr Verfahren der jährlichen Finanzierung der UNHCR-Programme in Georgien zu überprüfen und eine längerfristige Finanzierung zu erwägen, die die Planung der Hilfsprojekte erleichtern würde.<sup>11</sup>



## FAZIT: GEMEINSAME VERANTWORTUNG FÜR EINE BESSERE ZUKUNFT

Die oben angeführten Beispiele, die sich teils auf Schweizer Programme, teils auf die Beteiligung der Schweiz an Programmen inländischer oder ausländischer Partnerorganisationen beziehen, lassen erkennen, dass die Schweiz insgesamt positive Entwicklungsergebnisse erzielt, was die Relevanz und die Wirkung ihrer Tätigkeiten anbelangt. Dennoch ist und bleibt die Frage der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe angesichts der globalen Herausforderungen ausserordentlich komplex. Im Mittelpunkt steht das Bemühen um eine Verringerung der Armut im weitesten Sinne. Die Schweiz wird sich in Absprache mit den anderen Akteuren auf allen Ebenen auch weiterhin darum bemühen, die Methoden für die Evaluation und das Monitoring der Entwicklungsergebnisse zu verbessern. Zu diesem Zweck überprüft sie die Resultate der Ergebniskette nach den Kriterien Effizienz, Relevanz und Auswirkungen auf die Begünstigten.

<sup>4</sup> Im Mai 2008 publizierten die DEZA und das SECO einen ersten Bericht über die Wirksamkeit ihrer Tätigkeiten im Bereich der Wasserversorgung: «Wirkungsbericht: Schweizer Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor», DEZA & SECO, 2008.

<sup>5</sup> Quelle: «Assessing the Potential of Fair Trade for Poverty Reduction and Conflict Prevention. A Case Study of Bolivian Coffee Producers», Sandra Imhof, Andrew Lee, Juni 2007 (Kurzfassung).

<sup>6</sup> Quelle: «From Poverty to Prosperity: Understanding the Impact of Investing in Small and Medium Enterprises. Data Survey and Case Study Analysis of SEAF Investments», SEAF, Oktober 2007.

<sup>7</sup> Quelle: «Asia Brief – Kohl für alle in Nordkorea: Resultate der Partnerschaft».

<sup>8</sup> Quelle: «Asia Brief – Partnership Results, Making the Vietnamese Brick Sector Sustainable».

<sup>9</sup> Quelle: «Programme annuel 2009 Grands Lacs».

<sup>10</sup> Quelle: «Examen annuel de l'efficacité du développement. Faire face aux enjeux de portée universelle», 2008, Weltbank, Unabhängige Evaluationsgruppe (IEG).

<sup>11</sup> Quelle: DEZA/UNHCR (2008): «External Evaluation on the SDC Multilateral Contributions to UNHCR in Georgia 2004 – 2007».

**Impressum**

**HERAUSGEBER**

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)  
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)  
3003 Bern  
Telefon +41 31 322 44 12  
[www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch)  
[info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch)

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)  
Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD)  
3003 Bern  
Telefon +41 31 324 09 10  
[www.seco-cooperation.admin.ch](http://www.seco-cooperation.admin.ch)  
[info@seco-cooperation.ch](mailto:info@seco-cooperation.ch)

**REDAKTION/KOORDINATION**  
Direktionsstab DEZA

**STATISTIK**  
Fachstelle Statistik DEZA

**GRAFIK**  
Caderas Werbung, Zürich  
[www.caderas.ch](http://www.caderas.ch)

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch  
und Englisch erhältlich.  
Weitere Exemplare können bestellt werden bei  
[info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch) oder über  
Telefon +41 31 322 44 12